

Anmerkung der Verwaltung: Die Vorschläge wurden in die Vorlagen der jeweiligen Fachbereiche eingearbeitet. Es sind in dieser Mail allerdings auch allgemeine Punkte enthalten, die auf diesem Wege weitergeleitet werden.

Text der Mail:

Ihre Anregung/en: Sehr geehrte Frau Kordfelder!
Sehr geehrte Ratsmitglieder!

Die Bürger der Stadt mit einzubinden ist konstruktiv sicherlich sinnvoll, aber auch nur dann, wenn gleichfalls die anstehende „Insolvenz“ ernst genommen und vorbehaltlos angegangen wird.

Wenn denn ein „echter“ Insolvenzverwalter beginnen würde, dann wären „alle“ Positionen vorbehaltlos zu kürzen ohne „wenn und aber“. Die Folgen wären hier: Stellenkürzungen, Abspalten von Betriebszweigen etc. – ja Liquidation.

Wenn ich am Abend höre, das es sich hier i.d.R. um Peanuts handelt (z.B. nur 8000 Euro) oder das würde Probleme bereiten, dann frage ich mich, wo wir anfangen. Blocken spart nicht, sondern „wir“ werden ganz einfach so weiter machen wie bisher und wo das hinführt, sollte jedem Bürger und besonders den Politikern klar sein. Wo bleibt da die Vernunft? Handeln Sie nachhaltig und wirtschaftlich.

Vorschlag:

Einfrieren der „Freiwilligen Ausgaben“ – wenn Sie schon nicht kürzen können, dann bitte keine Steigerungen mehr. –Einsparvorschläge müssen über 10% je freiwilliger Ausgabe aus dem Bereich der Empfänger kommen. Die Leistungsempfänger wissen genau (wenn auch nicht gerne) was als Erstes gestrichen werden kann – eine geht nicht / nicht denkbar o.ä. kann nicht akzeptiert werden.

Auch sind bis zum 30.11.11 nicht ausgegebene (noch „verfügbare“ Mittel) nicht auszugeben sondern sofort zu streichen. Es gibt immer noch die Angewohnheit, Gelder, die zum Jahresende noch vorhanden sind, „einfach“ nur auszugeben, weil die Konten ja noch „glatt“ gestellt werden müssen.

Zeichen setzen – nicht – nur „Lichtzeichen“ – Das heißt: jeder

„Zahlungsempfänger“ sollte auch Ihrer Verantwortung gerecht werden.

Erstellung einer Petition „hinter verschlossenen Türen“ mit allen Parteien und Kommunen an den Bund. Ausgaben die „erzwungen“ werden, müssen auch von den Verursachern/Nutzern getragen werden. Einmal sollte man, also WIR, wie ein Volk – ein Staat handeln. Lernt die „Elite“ nicht aus der Geschichte dazu? Oder ist es wirklich immer noch nicht schlimm genug?

Alle Bürger die öffentliche Einrichtungen und Dienstleistungen (Museen, Hallenbäder etc.) nutzen, müssen auch dafür zahlen und das Kosten deckend (also mehr als bisher), denn sonst kann nur eine Schließung o.ä. folgen (und reden Sie sich nicht heraus –die Folgen wären entweder De-/Inflation, Währungsschnitt o.ä. – aber das kennt der DEUTSCHE ja). Nicht die „alten“ aber die nächste junge Generation wäre betrogen. Können SIE das verantworten?

Lieber jetzt „kleine“ Einschnitte, als ein großer radikaler, z.B.

WÄHRUNGSSCHNITT. Der Politiker sollte so langsam wissen, dass ein „Haushalt“ wie ein guter privat organisierter Haushalt zu betreiben ist.

FOLGEN für alle Bürger (also auch für SIE): Sie werden nicht um Steuererhöhungen herumkommen – seien Sie ehrlich, sie sind schon „fest“ eingeplant. Gerne zahle ich mehr Steuern, aber dann müssen sich die Haushalte konsolidieren ohne „frisiert“ zu werden. Momentan sehe ich das nicht.

Gehen wir dann den skizzierten Weg der „Insolvenz“?
Wollen Sie denn nur das Übel vertagen oder etwas WAGEN?
Für eine persönliche Aussprache wäre ich gerne einmal bereit.
Ich wünsche Ihnen von ganzem Herzen ein taktvolles aber nachhaltiges
Vorgehen.
Ihr Bürger der Stadt Rheine